

Motion Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Eidgenössische Alkoholverwaltung: Einsatz zugunsten Standort Bern im Sinne der Hauptstadtregion Schweiz

Ende November ist bekannt geworden, dass bis 2017 rund 90 Stellen der Alkoholverwaltung des Bundes in den Kanton Jura nach Delsberg verlegt werden sollen. Gemäss bisherigen Kenntnissen wurde dieser Entscheid von der zuständigen Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) faktisch im Alleingang und wider jegliche betriebswirtschaftliche und organisatorische Logik gefällt. Als Begründung für die Verlegung werden lediglich regionalpolitische Interessen des Kantons Jura genannt. Entsprechend wird der Entscheid sowohl von der bernischen Kantons- und Stadtregierung, vom Verein Hauptstadtregion Schweiz als auch vom zuständigen Personalverband kritisiert.

Für die Fraktion FDP.Die Liberalen ist klar, dass die Stadt Bern ein starkes Interesse am Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen hat. Ein breites Angebot an Stellen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor ist fundamental wichtig für die Positionierung Berns als attraktiver Lebensraum. Entsprechend begrüssen die Freisinnigen sämtliche Aktivitäten, welche ein Rückkommen auf den von der zuständigen Bundesrätin gefällten Standortentscheid unterstützen. In diesem Sinne möchte die Fraktion FDP.Die Liberalen durch den Stadtrat von Bern ein Zeichen setzen lassen und den Gemeinderat mit folgendem Auftrag versehen:

1. Der Gemeinderat gelangt zusammen mit dem Regierungsrat des Kantons Bern an Bundesrätin Evelin Widmer-Schlumpf (BDP) mit folgenden Begehren:
 - a. Aussprache über den Prozess zur Auswahl des neuen Standortes. Der betroffene Kanton sowie die betroffene Gemeinde hätte vor dem Entscheid zumindest angehört werden sollen.
 - b. Rückkommen auf den Entscheid mit dem Ziel, die Arbeitsplätze der Eidgenössischen Alkoholverwaltung in Bern zu halten.
2. Der Gemeinderat platziert zusammen mit der Kantonsregierung beim Schweizerischen Bundesrat seine Erwartung, vor wichtigen Standortentscheiden künftig angehört zu werden.

Begründung der Dringlichkeit

Soll der Entscheid noch umgestossen werden, brauche es vom Stadtrat ein rasches Zeichen und vom Gemeinderat ein rasches Handeln.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 27. November 2014

Erstunterzeichnende: Bernhard Eicher

Mitunterzeichnende: Mario Imhof, Jacqueline Gafner Wasem, Daniela Lutz-Beck, Peter Erni, Christoph Zimmerli